

Aktuelle Debatte: Soziale Konsequenzen der Krise

In den letzten Monaten wurde die globale Rezession zu einer Verschuldungskrise zahlreicher europäischer Staaten. Nachdem im Jahr 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise fiskalische Pakete zur Überwindung der Rezession und Steigerung der aggregierten Nachfrage geschnürt wurden, kehrten die Länder der Europäischen Union zur neoliberalen Wirtschaftspolitik zurück und stellten die Einhaltung der Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspakts – vor allem des Defizit- und Verschuldungskriteriums – in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Während die national akkordierten Sparpakete auf eine Besteuerung der Lohneinkommen und Einsparungen bei staatlichen Sozialleistungen abzielen, geht – wie bereits zahlreiche Studien zeigen – die Schere zwischen Vermögens- und Lohneinkommen weiter auseinander.

Somit wurde die globale Finanzkrise zusehends zu einer Verschuldungskrise in Europa, die die sozialen Divergenzen zwischen LohneinkommensempfängerInnen und VermögensbesitzerInnen weiter erhöht. Während in den letzten Quartalen die Gewinne der Finanzeinkommen wieder ansteigen, vergrößert sich die soziale Krise in Europa. Die vorliegende Debatte setzt sich mit diesen Entwicklungen auseinander und widmet sich, nach einer Stellungnahme des *BEIGEWUM* zur herrschenden Budgetpolitik in Europa den Entwicklungen in jenen Staaten Europas, die am Meisten von der Umkehr der Fiskalpolitik in Europa betroffen sind, Portugal und Spanien, sowie Griechenland.

Zunächst zeigt der *BEIGEWUM* die möglichen Alternativen zur Budgetkonsolidierung auf und fordert eine strukturelle Veränderung der Steuersysteme in den Staaten der Europäischen Union, die vor allem auf eine Steigerung der Vermögensbesteuerung abzielt. Nur auf diese Weise kann auch mittelfristig in Europa nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozialer Friede gewährleistet werden. Ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen Vermögenden und LohneinkommensbezieherInnen muss zur Aufrechterhaltung der Zivilgesellschaft verhindert werden; gleichzeitig kann gezeigt werden, dass durch eine geeignete Besteuerung von Vermögenskomponenten Steuereinnahmen erhöht und damit letztendlich notwendige Sozialleistungen finanziert werden können.

In den südeuropäischen Staaten Spanien, Portugal und Griechenland sind soziale Konsequenzen durch die geplanten massiven Einsparungen am stärksten spürbar und besonders im Fall von Griechenland ist der Widerstand der Bevölkerung bereits sehr massiv. *Mota*, *Lopes* und *Antunes* diskutieren die Entwicklungen für Spanien

und Portugal, wobei trotz der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten die Ähnlichkeiten in den Einsparungen und sozialen Konsequenzen für die Haushalte herausgestrichen werden. *Stathakis* zeigt die sozialen Entwicklungen und Versuche der Staatskonsolidierung in Griechenland in einem historischen Kontext. Es wird deutlich, dass die zahlreichen Konsolidierungsprogramme seit den 1990er Jahren unter unterschiedlichen Regierungen, nicht zu einer nachhaltigen Erhöhung der Steuereinnahmen geführt haben und der griechische Staat in den letzten Jahrzehnten von Staatsdefiziten und steigender Verschuldung geprägt war. *Stathakis* bewertet auch die derzeitigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung als nicht zielführend und spricht sich für eine strukturelle Umgestaltung des Steuersystems aus. Es kann nicht darum gehen, die Lohneinkommen höher zu besteuern und gleichzeitig keine Versuche zu unternehmen, die Steuervermeidung und -hinterziehung zu verringern.

Elisabeth Springler